

4. April 2006

Zwischen Euphorie und Abstrafung - Die spanische Volkspartei im Umfragetief -

Wenige Tage nach Verabschiedung der Reform des katalanischen Autonomiestatuts und der Erklärung eines „unbefristeten Waffenstillstands“ durch die baskische Terrororganisation ETA erschienen am 3. April in den spanischen Tageszeitungen *ABC* und *El Mundo* erste Umfragen, die gegenüber den letzten Umfrageergebnissen eine starke Zunahme der Zustimmung für die Regierung Zapatero widerspiegeln. Die oppositionelle Volkspartei, die sich nun sowohl auf dem Feld der Autonomiepolitik sowie der Antiterrorpolitik ihrer wichtigsten Themen beraubt sieht, muss dagegen dramatische Einbußen in der Wählergunst verzeichnen. Der Schock bei der PP sitzt um so tiefer, weil man sich bis zuletzt auf Augenhöhe mit den Sozialisten wähnte und daher glaubte, mit Blick auf das Führungspersonal, die Oppositionsstrategie und das Parteiprogramm für die nächsten Wahlen bestens gerüstet zu sein. Seit einem halben Jahr schien die „Strategie der Härte“ aufzugehen. Unfragen bescheinigten der PP eine stetig steigende Wählergunst. Hoffnung bei den „Populares“ machte sich breit. Der Ausweg aus der Krise schien gefunden zu sein. Die ETA-Waffenruhe hat jedoch die parteipolitische Lage in Spanien dramatisch verändert. Zwei Wochen nach der Bekanntgabe durch die ETA ist die hoffnungsvolle Ausgangslage für die PP einfach „verpufft“. Angesichts der neuesten Umfragen ist die Zuversicht in der Partei nun einer Mischung von Zweifel und Verunsicherung gewichen.

Die Umfrageergebnisse im Einzelnen

Die in der Tageszeitung *El Mundo* veröffentlichte Umfrage des Meinungsforschungsinstituts *Sigma Dos* bescheinigt der Zapatero-Regierung eine Zunahme in der Wählergunst. Der Umfrage nach kann die Regierungspartei PSOE mit 2,7 Prozentpunkten ihren deutlichen Vorsprung gegenüber der Volkspartei nach knapp einem halben Jahr wieder zurückerobern. In der Sonntagsfrage erzielt die PSOE demnach 42,3 Prozent und die PP 39,6 Prozent. In einer Mitte März veröffentlichten Studie hatte *Sigma Dos* noch ein Unentschieden zwischen den beiden großen Volksparteien verzeichnet (PSOE: 40,8 Prozent; PP:40,7 Prozent). Allerdings hatte diese Befragung zwischen dem 7. und 9. März zu einem Zeitpunkt stattgefunden, der durch die heftige Kontroverse im Zuge der Behandlung des katalanischen Autonomiestatuts im Abgeordnetenhaus sowie durch die Gedenkfeiern zur Erinnerung an den zweiten Jahrestag der Madrider Terroranschläge vom 11. März 2004 geprägt war. Beide Themen wurden durch die Volkspartei in besonderer Weise dazu genutzt, die Regierung durch eine aggressive Oppositionspolitik zu verschleißen.

Nur zwei Wochen später hat sich das Bild gewandelt. Aufgrund des zwischenzeitlich verkündeten ETA-Waffenstillstandes genießt die Regierung einen Vertrauensbonus für ihre Antiterrorpolitik. Die Strategie der Volkspartei, welche der Regierung Nachlässigkeit im Kampf gegen ETA vorgeworfen hatte, um sich selbst als in der Antiterrorpolitik kompromisslose und erfolgreiche Partei zu profilieren, geht angesichts der neuen Situation nicht mehr auf. So lange die Hoffnung auf einen erfolgreichen Verhandlungsprozess und das endgültige Ende des ETA-Terrorismus zu einem „annehmbaren Preis“ besteht, kann die Volkspartei auf dem Gebiet der Terrorismusbekämpfung nicht gegen die Regierung punkten. Ähnliches gilt für die bis dato so hitzig geführte Diskussion um die territoriale Ausgestaltung des spanischen Staatsmodells, die sich in der Debatte über das katalanische Autonomiestatut manifestierte. Mit der Verabschiedung der Reform im Parlament bzw. der Verdrängung der Territorialdebatte aus der öffentlichen Wahrnehmung infolge der Verkündung des ETA-Waffenstillstands, der die komplette mediale Berichterstattung und Aufmerksamkeit auf sich zog, ist der PP auch dieses Thema für ihre Oppositionspolitik abhandeln gekommen.

Die von der konservativen spanischen Tageszeitung *ABC* veröffentlichte Umfrage des Meinungsforschungsinstituts *Metroscopia* spiegelt die neue Lage nach der Verkündung der ETA-Waffenruhe wider. Nach dieser Umfrage liegt die Regierungspartei PSOE in der Wählergunst derzeit sogar 7,7 Prozent vor der oppositionellen Volkspartei (PP). In der Sonntagsfrage kämen die Sozialisten laut ABC auf 44,5 Prozent und die PP auf 36,8 Prozent. Die Vereinigte Linke (IU) würde 5 Prozent erzielen, die restlichen Parteien kämen zusammen auf 13,7 Prozent. Von der positiven Grundstimmung nach dem ETA-Waffenstillstand profitiert in erster Linie die Regierung Zapatero. Erstmals seit September 2005 übertrifft der Anteil derjenigen, welche die politische Situation als positiv beurteilen, den Anteil der Kritiker. So bewerten 42 Prozent der Befragten die derzeitige politische Lage als „gut oder sehr gut“ und 32 Prozent als „schlecht oder sehr schlecht“. Die Regierungsarbeit wird von den Befragten so gut wie nie zuvor bewertet. Auf der spanischen Notenskala von 0 bis 10 erzielt die Regierung Zapatero 5,8 Punkte und liegt damit deutlich vor der Volkspartei, deren Oppositionsarbeit mit einem Wert von 4,0 die Note „durchgefallen“ erhält.

Diese Werte für die Parteien spiegeln sich auch in den Beliebtheitswerten ihrer jeweiligen Spitzenpolitiker wider. Regierungschef José Luis Rodríguez Zapatero ist mit 6.0 von 10 möglichen Punkten wieder beliebtester Politiker des Landes, dicht gefolgt von seinen wichtigsten Ministern: María Teresa Fernández de la Vega, stellvertretende Regierungschefin (5.9), Wirtschaftsminister Pedro Solbes (5,8), Innenminister José Antonio Alonso und Verteidigungsminister José Bono (5.7). Erst auf Rang 5 folgt mit 5.6 Punkten ein Politiker der Volkspartei. Der beliebte Bürgermeister von Madrid, Alberto Ruiz Gallardón, zeichnet sich allerdings gerade dadurch aus, dass er als unabhängiger Kopf und parteiinterner Kritiker der Volkspartei gilt. Der PP-Vorsitzende Mariano Rajoy erzielt lediglich 4.5 Punkte, konnte sich damit im Vergleich zur letzten Umfrage aus dem Januar 2006 allerdings um 0.1 Punkte verbessern. Nichtsdestotrotz bedeutet dieser Wert im spanischen Notensystem „durchgefallen“. Zwei weitere Galionsfiguren der PP, Generalsekretär Angel Acebes und der Fraktionssprecher im spanischen Parlament, Eduardo Zaplana, erhalten mit nur 3.7 Punkten katastrophale Umfragewerte dicht gefolgt von Josep-Lluís Carod-Rovira, der als katalanisches „Schmuddelkind“ gilt. Die beiden PP-Politiker, die sich durch ihre knallharte politische Haltung immer wieder zu profilieren suchten, liegen damit noch hinter Regionalpoliti-

kern wie den auf gesamtspanischer Ebene äußerst umstrittenen Regionalpräsidenten aus dem Baskenland, Juan José Ibarretxe, und Katalonien, Pasqual Maragall.

Bewertung: Zwischen Euphorie und Abstrafung

Die Umfrageergebnisse dürften die Volkspartei in den Zustand eines Schocks versetzt haben. Nicht nur beträgt der Abstand zwischen Sozialisten und Volkspartei rund 8 Prozent, sondern die PP verliert rund ein Prozent gegenüber ihrem Ergebnis bei den Parlamentswahlen von vor zwei Jahren. Dieser dramatische Absturz für die Volkspartei verdeutlicht, auf welch wackligen Füßen sich die Strategie der Konservativen befand. Gewiss: Die in *ABC* veröffentlichten Umfrageergebnisse wurden in der Euphorie der Verkündung der Waffenruhe durch die ETA erhoben. Die sozialistische Regierung von Zapatero verhielt sich durchaus besonnen und verzichtete auf Vorwürfe gegenüber der Volkspartei, die stets die Antiterrorstrategie Zapateros als gefährlich und kontraproduktiv bezeichnet hatte. Nun ist nicht erwiesen, dass sich die Waffenruhe wirklich als dauerhaft herausstellt. Aber Spaniens Regierung nimmt die ETA-Ankündigung ernst und setzt vorsichtige Hoffnungen in die Einhaltung der Waffenruhe. Nach 38 Jahren des ETA-Terrorismus, der über 800 Menschen das Leben gekostet hat, besteht nach spanischer Ansicht eine reale Option, den Terror endgültig zu beenden. Diese Aussicht löste bei der Bevölkerung eine Euphorie aus, die sich nicht zuletzt zugunsten der Regierung ausgewirkt. Die Volkspartei muss die Konsequenzen tragen und verliert in der Wählergunst. Auch wenn die Umfrage lediglich eine Momentaufnahme ist, so muss damit gerechnet werden, dass dieses politische Ereignis eine Trendwende eingeleitet hat, die die Volkspartei nicht so rasch wird ändern können. Dazu bedarf es einem völligen Wandel innerhalb der Partei, sowohl aus inhaltlicher als auch aus personeller Sicht.

Es liegt nun einzig und allein in der Hand des PP-Vorsitzenden Mariano Rajoy, die Konsequenzen zu ziehen, um eine Wende innerhalb der Volkspartei einzuleiten. Dabei läuft ihm die Zeit davon. Der nächste Wahlparteitag steht für den Herbst an. Inwieweit Rajoy diese letzte Chance nutzt, lässt sich gegenwärtig nur schwer vorhersehen. Denn viel zu oft hat er gute Gelegenheiten ungenutzt verstreichen lassen, zuletzt auf dem Sonderparteitag der PP Anfang März in Madrid, als über eine neue Oppositionsstrategie bis zu den nächsten Parlamentswahlen im Frühjahr 2008 entschieden wurde. Monate vor dem Parteitag hatten sich zahlreiche Arbeitskreise zusammengesetzt, aber von den verabschiedeten Texten war bisher nichts zu sehen und von einer öffentlichen Debatte nichts zu hören. Sie sind wohl in den flammenden Reden insbesondere von José María Aznar und Nicolas Sarkozy völlig untergegangen. Rajoy's Naturell verspricht keine sofortigen Entscheidungen. Im besten Fall wird er die neue Situation mit der Parteiführung besprechen. Dies wiederum lässt nicht darauf hoffen, dass sich etwas ändert, denn Rajoy fehlt in der Parteiführung die Rückendeckung für eine Wende. Die entscheidenden Akteure – darunter Generalsekretär Angel Acebes und Fraktionsvorsitzender Eduardo Zaplana – werden ihre Posten nicht freiwillig zur Verfügung stellen. Rajoy bleibt nur noch die Hoffnung auf die Parteibasis. Diese war jedoch bisher auf den langjährigen Parteivorsitzende Aznar fixiert, der die Volkspartei 1996 in die Regierungsverantwortung brachte und vier Jahre später der Partei die absolute Mehrheit bescherte. Die Demontage seines „Tutors“ Aznar fällt Rajoy schwer. Wenn aber Rajoy zumindest die Partei auf einen neuen Kurs einschwören will, dann bleibt ihm nichts anderes übrig, als die Partei – folgt man dem Kommentar der *El País* vom 3. April – einer inhaltlichen und personellen „Ent-

Aznarisierung“ zu unterziehen. Rajoy und der liberale Parteiflügel, „wenn er überhaupt existiert“, so *El País*, hätten mit der neuen Lage die einmalige Chance, die Wende in der Partei zu beschleunigen. Ganz falsch ist die Analyse von *El País* nicht, aber die Frage stellt sich, ob der so genannte liberale Flügel auch über genügend Macht verfügt, Änderungen durchzusetzen. Bisher scheiterten daran alle bisherigen Versuche, die Wende einzuleiten. Rajoys Taten werden laut *El País* zeigen, ob er der „farblose Mann“ ist, für den die Zeitung ihn hält, oder ob er endlich den Mut aufbringt, dafür Sorge zu tragen, dass die Volkspartei ihre Chance nutzt, bei den kommenden Wahlen als demokratische Alternative aufzutreten und wieder in die Regierungsverantwortung zu kommen.

Michael Däumer / Stefan Reith